

Ressort: Politik

Proteste gegen Pläne zu "Forum Recht"

Berlin, 21.03.2019, 07:06 Uhr

GDN - Vor der für Freitag geplanten Abstimmung über die Errichtung eines "Forum Recht" haben sich Vertreter der Sozial-, Arbeits- und Finanzgerichtsbarkeit sowie Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit Protestbriefen an den Bundestag gewandt. Sie beklagen, in der Planung des Stiftungskuratoriums übergangen worden zu sein, schreibt die Präsidentin des Deutschen Sozialgerichtstages, Monika Paulat, in einem Brief, über den die "FAZ Einspruch" berichtet.

In ihrer bisherigen Form repräsentiere die Stiftung "nicht einmal den halben Rechtsstaat". Gerade die Sozialgerichte hätten aber viel zur Akzeptanz des Gesellschaftssystems der Bundesrepublik beigetragen. Paulat fordert eine Erweiterung des Kuratoriums und wird dabei von der Präsidentin des Bundesarbeitsgerichts, Ingrid Schmidt, sowie den Präsidenten des Bundesfinanzhofs und Bundessozialgerichts, Rudolf Mellinghoff und Rainer Schlegel unterstützt. Sie schreiben: "Wenn es um den Rechtsstaat geht, und nur dies rechtfertigt die Errichtung einer steuerfinanzierten Stiftung "Forum Recht", lässt sich dem Grundgesetz keine Abstufung der in Art. 95 GG garantierten Gerichte in ihrer Wertigkeit entnehmen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-121972/proteste-gegen-plaene-zu-forum-recht.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619